

Bürgerliche möchten «Päckli»

Unternehmenssteuern Die geplante Erhöhung der Pauschalabzüge ist die einzige Änderung am Steuergesetz, welche die Regierung vorsieht. Für die Wirtschaftsverbände, die SVP und die FDP ist das zu wenig. Sie fordern, dass auch die Senkung der Gewinnsteuern für Unternehmen Teil der Revision wird und das Ganze als Paket zur Abstimmung gebracht wird. Die höheren Abzüge für Versicherungsprämien sollen als «Zückerli» die Senkung der Gewinnsteuern mehrheitsfähig machen.

Anfang Jahr trat die Unternehmenssteuerreform in Kraft. Internationale Unternehmen dürfen seither nicht mehr anders besteuert werden als schweizerische. Aus Angst, dass ausländische Firmen deshalb abwandern würden, senkten daraufhin mehrere Kantone die Gewinnsteuern für sämtliche Unternehmen. Nicht so der Aargau. Zu gross war die Angst vor den Steuerausfällen. Stattdes-

sen setzte der Kanton auf hohe Abzüge, die Firmen für Patente und Forschung machen können. Die Folge: Im Aargau zahlen die Firmen im kantonalen Vergleich mit die höchsten Gewinnsteuern. Die Angst, dass Firmen deshalb in andere Kantone abwandern werden, geht bei den Bürgerlichen um.

Vor einer Senkung der Gewinnsteuern würde der Kanton profitieren, wird weiter argumentiert. Mehr Investitionen könnten dadurch getätigt und damit Arbeitsplätze geschaffen werden, und sogar neue Firmen könnten sich versucht sehen, in den Aargau zu ziehen. «Mittelfristig entstehen so nicht nur mehr Arbeitsplätze, sondern auch mehr Steuereinnahmen im Kanton Aargau», sagt **Handelskammer-Direktor Beat Bechtold**.

Finanzierbar sei das Ganze, wird weiter argumentiert. Und zwar mit den Geldern, die der Kanton zur Abschwächung der

wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie bereitgestellt hatte. Insgesamt 300 Millionen Franken stellte die Regierung dafür bereit. Diese Kredite wurden aber nur wenig genutzt. Unter diesen Umständen sei dieser Schritt «erst recht finanzierbar», argumentiert die FDP.

Die Regierung ist sich da weniger sicher. Zum einen sei die Lage aufgrund von Corona zu unsicher, argumentiert sie. Und zum anderen will sie zuerst «fundiert» untersuchen, «in welchen Bereichen wirkungsvolle steuerpolitische Massnahmen zur Förderung des Wirtschafts- und Wohnkantons Aargau erzielt werden können». Erst dann soll entschieden werden, ob und wie stark die Gewinnsteuern gesenkt würden. Ein «Abstimmungs-Päckli» zusammen mit den Versicherungsabzügen komme deshalb nicht in Frage.

Raphael Karpf